

Behörden in Dresden ziehen Bilanz nach **linken** Krawallen vom 19. 2. 2011

Anlaß waren drei Kundgebungen von „Rechtsextremen“

Laut Polizei sind 82 der 4500 Einsatzkräfte teils schwer verletzt worden +++ Alleine der Polizeieinsatz kostet 7 Millionen Euro, Sachschäden noch nicht eingerechnet +++ 35 Fahrzeuge wurden teils total beschädigt +++ Beim Überfall auf eine Polizeiwache durch Linksextremisten entstand ein Sachschaden von 60000 Euro +++ Die Zahl der Feuerwehreinsätze zur Bekämpfung von brennenden Barrikaden und Häusern kann noch nicht beziffert werden +++ Nach bisherigem Stand liegen mehr als 80 Strafanzeigen wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung, Sachbeschädigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte vor. Zudem wurden rund 200 Verstöße gegen das Versammlungsgesetz festgestellt, auch gegen Bundestagsvizepräsident Thierse wird ermittelt +++ Es wurden zahlreiche Gegenstände, unter anderem Eisenstangen, Holzlatten und Schlagringe, sichergestellt +++ Der Dresdener Polizeipräsident Hanitsch sagte: Er sei „erschüttert über die Brutalität mit der Randalierer gegen die Beamten vorgegangen seien. Wer sich Demonstrant nennt und Polizisten angreift, tritt das Versammlungsrecht mit Füßen“



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
Landesverband Sachsen e. V. im DBB

PRESSEERKLÄRUNG

„Uns fehlen die Worte“

Als wir, die **Deutsche Polizeigewerkschaft Sachsen**, im vergangenen Jahr unsere Pressemitteilung zum 13. Februar mit den Worten schlossen, daß wir die Situation im Auge behalten wollen, war uns nicht klar, welche Dimension die Ausschreitungen und Kommentare von Parlamentariern in diesem Jahr annehmen würden.

Daß das Verwaltungsgericht Dresden auf der Grundlage der Versammlungsfreiheit – gemäß Art. 8 GG der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland – den Demonstrationaufzug der Rechten genehmigte, war in einem Rechtsstaat zu erwarten. In unserem Land zählt die Meinungsfreiheit zu den höchsten Gütern, schließlich sind die Bürger der DDR ihretwegen auf die Straße gegangen. Zwanzig Jahre später nehmen plötzlich selbsternannte Demokraten ein Recht für sich in Anspruch, welches sie anderen verwehren.

Es war wie im letzten Jahr: Wenn linke Gruppierungen eine Versammlung anmelden oder Gegendemon-

strationen durchführen, kommt es zu Ausschreitungen in einem Ausmaße, welches alles bisher Dagewesene übersteigt.

Am Morgen des 19. Februars, als noch gar keine rechten Demonstranten angeeignet waren, brannten schon die ersten Barrikaden, und es flogen Steine und Flaschen. Daß Polizeibeamte von diesen Störern angegriffen werden, ist auch nichts Neues. Neu aber war diesmal die Dimension der Gewalt. Die Beamten wurden mit Pflastersteinen beworfen, bespuckt, körperlich angegriffen und aufs übelste beleidigt. Feuerwehrleute kamen nicht an brennende Barrikaden heran, weil sie durch die Störer blockiert wurden. Ein entfesselter Mob zerstörte nach Belieben, was ihm in den Weg kam. Selbst ohne jeglichen Bezug zur Demonstration der Rechten. Bei dieser blinden Zerstörungswut war die Demonstration von rechts, oder eine Gegendemonstration, nicht das Thema; hier ging es vor allem darum, den Staat und seine Institutionen öffentlichkeitswirksam anzugreifen. Zum Hohn der eingesetzten Polizeibeamten äußerte Herr Thierse:





„Die Polizei ist vollauf beschäftigt, die Neonazis zu schützen. Das ist so. Das ist sächsische Demokratie.“ Zu Recht wurde er dafür von einem sächsischen Beamten angezeigt. Wir als **DPoIG Sachsen** sind entsetzt, wie ein demokratischer Parlamentarier die Polizeibeamten in diesem Maße beleidigt! **Wir fordern Sie auf, Herr Thierse, treten Sie von Ihrem Amt zurück!** Sie haben durch diese Äußerung bewiesen, daß Sie vom Wirken der Demokratie, des Rechtsstaates und von der hart erkämpften Meinungsfreiheit keine Ahnung haben. Wir finden es widerlich, daß sich Mitglieder des Deutschen Bundestages, noch dazu Sie als dessen Vizepräsident, so über Polizeibeamte äußern und verurteilen diese Äußerung aufs schärfste!

Es ist schlimm genug, daß das Gedenken Dresdens an die Opfer jener Bombennacht vor 66 Jahren von linken und rechten Gruppierungen mißbraucht wurde und wohl auch in der Zukunft mißbraucht werden wird! Es gibt in diesem Staat Recht und Gesetz, und deren Einhaltung ist die Aufgabe der Polizei. Es kann ebenfalls nicht sein, daß sich Mitglieder des Sächsischen Landtages der Partei „Die Linke“ und deren Sympathisanten herausnehmen, im Kampf gegen Neonazis alles zu dürfen. Sie dürfen eben nicht alles! Und sie haben **nicht** das Recht, gegen Recht und Ordnung zu verstoßen, Polizeibeamte zu beleidigen, Barrikaden zu bauen und anzuzünden und eine Stadt wie Dresden gewissermaßen in Schutt und Asche zu legen und alles damit zu rechtfertigen, daß es ein Kampf gegen Neonazis ist! Der Zweck heiligt nicht die Mittel in einem Rechtsstaat! Es entsteht hier der Eindruck, daß es nicht darum geht, gegen Neonazis zu sein, sondern darum, zu tun und zu lassen, was man gerade will.

Dieser Wunsch ist der Wunsch nach Anarchie, und diese ist genauso gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Staates gerichtet wie der Rechtsextremismus!

Wir als **DPoIG Sachsen** fordern daher nochmals, wie im vergangenen Jahr, daß die Funktionäre der Partei „Die Linke“ sich deutlich von diesen randalierenden Gewalttätern distanzieren und diese auffordern, sich so, wie man es erwarten darf, bei Gegendemonstrationen an Recht und Gesetz zu halten.

Das Gewaltmonopol liegt einzig und allein beim Staat, und die Polizei als Exekutive des Staates setzt dieses um, nicht der Gewalttäter oder der Randalierer, sondern die Polizei allein! Die Einrichtung einer Sonderkommission „19. Februar“ ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es bleibt abzuwarten, was die Ermittlungen ans Tageslicht bringen, ob Bundes- oder Landtagsabgeordnete der Partei „Die Linke“ die Randalierer mittelbar unterstützt haben.

Sachsen kann es sich nicht leisten, an der ohnehin schon überstrapazierten Personaldecke zu sparen. Angesichts solch einer Lage, wie wir sie in Dresden erleben mußten, ist es eine Farce, noch mehr Personal einsparen zu wollen. Sachsen braucht vor allem eine starke Bereitschaftspolizei, deshalb sind alle Reformpläne, die die Bereitschaftspolizei betreffen, sofort zu stoppen. Wiederholt bedanken wir uns bei allen eingesetzten Polizeikräften, die aus allen Bundesländern angereist waren. Wir wünschen allen Polizistinnen und Polizisten, die in diesem Einsatz verletzt wurden, eine schnelle Genesung.



Ende der **Presseerklärung** der DPoIG, Landesverband Sachsen e. V. 21. Februar 2011



12 Euro Stundenlohn bekommt ein Pflasterleger, genauso wie die Polizisten, die sich mit den Steinen bewerfen lassen müssen und dabei oft schwer verletzt werden.



Dresden, Churchill und das „Braten von Flüchtlingen“

Am 13. Februar 2011 wurde der traditionelle Trauermarsch in Dresden von rund 2500 Teilnehmern trotz immensen politischen Drucks und trotz gewalttätiger Ausschreitungen von „antifaschistischen“ Gegendemonstranten erfolgreich durchgeführt.

Heimattreue Organisationen nahmen bereits am Vormittag an der offiziellen Gedenk- und Feierstunde auf dem Dresdner Heidefriedhof teil und legten Kränze nieder, um der dort beerdigten Opfer der Bombenangriffe auf Dresden vom Februar 1945 zu gedenken. Auf dem Friedhofsgelände anwesend waren auch einige offenbar angetrunkene Personen, die im Hintergrund im Sprechchor „Nie wieder Deutschland“ gröhnten. Nach einigen Minuten wurden die Störer allerdings von der Polizei entfernt und vermutlich in die Ausnüchterungszelle gebracht; die Gedenkstunde konnte zumindest ab diesem Zeitpunkt würdevoll durchgeführt werden.

Am Nachmittag versammelten sich am Hauptbahnhof fast zweieinhalbtausend Teilnehmer, um eine feierliche Kundgebung unter der Schirmherrschaft der JLO und dem Aktionsbündnis gegen das Vergessen abzuhalten. Nach der Rede begann wie geplant der Schweigemarsch, umrahmt von klassischer Musik, durch die Straßen Dresdens. Vier Frauen hielten das Führungstransparent mit der Aufschrift: „Flucht, Vertreibung, Bombentod – Euer Opfer, unser Auftrag!“

Hinter dem Transparent folgten Teilnehmer mit Blumengebinden, mehrere Personen hatten sich symbolträchtig als Skelette verkleidet. Manche Teilnehmer trugen Kreuze, andere Fackeln. Man sah auch, daß viele der Mitstreiter ostdeutsche Länderfahnen mitführten, aus deren Provinzen einst Abertausende von Menschen kamen, um in Dresden Schutz zu suchen. Sie konnten damals nicht ahnen, daß sie in der Elbmetropole einem vorsätzlichen Völkermord zum Opfer fallen sollten. Vom britischen Premierminister Winston Churchill stammt das vielsagen-

de Zitat: „Ich will keine Vorschläge hören, wie kriegswichtige Industrien im Umland von Dresden angegriffen werden könnten, sondern wie wir 600 000 Flüchtlinge aus Breslau braten können!“ Churchill war sich überdies vollends im klaren darüber, daß nicht nur 600 000 Flüchtlinge in der Stadt weilten, sondern auch 600 000 Dresdener, Verwundete, Gefangene, Ärzte, Lazarettpersonal. Ferner ließen in Dresden Schlesier, Ostpreußen, Sudetendeutsche, ja sogar ausgebombte Berliner ihr Leben. Ihre Nachfahren versammelten sich und haben an diesem Sonntag der Welt gezeigt, daß das Gedenken an die Toten eben **keine** „reine Dresdner Angelegenheit“ ist, wie die Oberbürgermeisterin einmal ebenso abstrus wie dreist postulierte. Als Hauptredner legte ein Historiker nochmals sachkundig die geschichtlichen Abläufe dar und konnte der von der Stadt Dresden eingesetzten „Historikerkommission“ vorsätzlich falsche Beweisführung und politisch motiviertes Handeln nachweisen. Fazit: Hier wurde und wird noch immer staatlich subventionierte Geschichtsfälschung betrieben, denn Deutsche dürfen ja nicht allzusehr als Opfer erscheinen. Zum Abschluß folgten Grußworte von ausländischen Mitstreitern aus ganz Europa. Die würdevolle Gedenkfeier endete mit dem gemeinsamen Singen des Deutschlandliedes. Der traditionelle Trauermarsch zum Gedenken an die Zerstörung Dresdens konnte somit erfolgreich und pietätvoll durchgeführt und abgeschlossen werden. **Wir bedanken uns bei allen Teilnehmern, Helfern, Ordnern und Unterstützern für die tatkräftige Mithilfe und hervorragende Disziplin!**

Gedenken in Datteln

Am 13. Februar 2011 fanden sich rund zwanzig überwiegend junge Menschen in der Kleinstadt Datteln (Kreis Recklinghausen/NRW) ein, um der Bombenangriffe auf Dresden vor 66 Jahren zu gedenken.

Mit lodernen Fackeln ging es zu einem nahegelegenen Ehrenmal aus den 1930ern. Die schwarze Fahne wehte voran. Im Halbkreis wurde Aufstellung genommen.

Zunächst trug eine Kameradin ein Gedicht Heinrich Zillichs vor:

„Als sie in Nürnberg saßen,
die Großen zum Gericht,
fragten in Dresden die Mütter:
Kußt man uns nicht?
Aus den Kellern wollen wir kriechen
und starren in euer Gesicht.
Wir Nest der Mütter von Dresden;
die anderen leben ja nicht.
Unmenschliches zu ahnden,
so sagt ihr, sei eure Pflicht!
Da sind wir! Befre Zeugen findet ihr nicht!
Wir starren in unsrer Kinder
verkohltes Angesicht.
In unseren Singern zerfiel er,
den wir geboren, ins Licht.
Zu Nürnberg, ihr Großen,
nun faßt ihr zu Gericht.
Kußt ihr die Mütter von Dresden nicht?“

Nach kurzer Pause folgte ein längerer Zeitzeugenbericht, der allen Anwesen-

den das Grauen der Bombennacht vor Augen führte. Im Anschluß brachte ein Kamerad die Ereignisse von Dresden in Zusammenhang mit unserem heutigen Ringen. Dann legten alle Teilnehmer zur Erinnerung weiße Rosen nieder. Die Gedenkstunde endete mit dem gemeinsamen Singen des bekannten Liedes:

„Nichts kann uns rauben Liebe und Glauben
zu unserm Land; es zu erhalten
und zu gestalten, sind wir gesandt.
Mögen wir sterben, unseren Erben
gilt dann die Pflicht, es zu erhalten
und zu gestalten: Deutschland stirbt nicht!“

Geschrieben in den Monaten
der Ruhrbesetzung von dem fränkischen
SPD-Politiker Karl Bröger

Uns jungen Deutschen ist es ein Anliegen, daß die alliierten Bombenangriffe auf die Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg nicht in Vergessenheit geraten und endlich als das benannt werden, was sie eindeutig sind: als Kriegsverbrechen! Deswegen werden wir uns auch in Dresden für unser Recht auf Gedenken einsetzen. Wir sind es den Toten schuldig.

Ägyptische Verhältnisse in Dresden

Aufgrund der immer höher werdenden Teilnehmerzahl hatte sich die Organisationsleitung entschlossen, 2011 an zwei Wochenenden Gedenkveranstaltungen durchzuführen, um die Größe der Menschenmenge überschaubarer zu halten und hierdurch die Sicherheit der Teilnehmer und der eingesetzten Polizisten zu gewährleisten. Die Massenmedien schwadronieren zwar gerne von einer „rechten Gewalt“, Sie jedoch als Dabeigewesene und/oder als Leser unseres Berichtes – und überdies noch Tausende von Polizisten – wissen, von welcher Seite wirklich Gefahr droht: sicherlich nicht von den „Rechten“.

„Schließt eure Herzen jorgfältiger als eure Tore. Es kommen die Zeiten des Betrugs, es ist ihm Freiheit gegeben. Die Nichtswürdigen werden regieren mit List, und der Edle wird in ihre Netze fallen.“
Ötz von Verlichingen

In Dresden hat beim zweiten Trauermarsch am 19. Februar 2011 ein offener Rechtsbruch stattgefunden, der in dieser Größenordnung und in dieser für jedermann zutage liegenden Offenheit wohl einzigartig in der Geschichte der BRD dasteht. Nachdem den drei Veranstal-

tern der Trauerfeierlichkeiten die Rechtmäßigkeit ihrer Anmeldungen durch das Verwaltungsgericht in einem Eilentscheid bestätigt worden war, setzte sich die Stadt Dresden **vorsätzlich** über den Gerichtsbeschuß hinweg und untersagte in einem neuen Auflagenbescheid die angemeldeten und gerichtlich bestätigten Versammlungen **ein zweites mal**. Daraufhin mußte **wieder** das Gericht bemüht werden, das die **abermahlige Rechtswidrigkeit** des Auflagenbescheides bestätigte; dabei wurde explizit auf die Offensichtlichkeit (!) der Rechtswidrigkeit hingewiesen.





Doch was dann im Laufe des Tages folgte, schlug dem Faß den Boden aus! Bereits in den Morgenstunden bildeten sich größere Gruppen offensichtlich linksgerichteter Personen, die, **von der Polizei eskortiert (!)**, gezielt in den Bereich der Kundgebungsorte geführt wurden, obwohl das sogenannte Trennungsgebot (Elbe als Trennlinie) vom Gericht gefordert und von Polizei und Stadt stets postuliert worden war. In der Dresdener Südvorstadt errichteten die linken Kräfte Barrikaden und setzten diese in Brand. Immer wieder wurden dabei auch brutal Polizisten angegriffen und Sachgüter zerstört.

Während die kriminellen Elemente ungehindert auf die Altstadt Seite gelassen wurden, untersagte man stundenlang mehr als sechstausend Anreisenden, die Busse zu verlassen und zu den vorgesehenen Veranstaltungsorten zu gelangen. Teilweise wurde ihre Zufahrt schon auf der Autobahn durch die Polizei blockiert. Im Bereich des Hauptbahnhofes wurden zirka achthundert Trauermarsch-Teilnehmer von der Polizei (!) daran gehindert, sich zum angemeldeten und gerichtlich bestätigten Versammlungsort zu begeben, obwohl die Zuwege völlig frei waren. Als die Anreisenden mit Nachdruck ihrer Forderung Ausdruck verliehen, zu den anderen Trauermarsch-Teilnehmern durchgelassen zu werden, wurden sie von der Polizei über mehrere Stunden hinweg eingekesselt und mit dem Einsatz von Wasserwerfern bedroht.

Im Bereich der JLO-Kundgebung fand sich noch nicht einmal ein einziger Vertreter der Versammlungsbehörde ein. Nach mehrmaliger Anfrage des Versammlungsleiters bei der Polizei erhielt dieser endlich die lapidare Antwort, die Polizei sei erstens für diese Veranstaltung „nicht zuständig“ (!) und zweitens befinde sich kein Vertreter der Stadt auf dem Platz.

Während sich im Innenstadtbereich der (von den offiziellen Stellen und den linksradikalen Gewerkschaften in die Stadt geschleuste) linke Mob austobte und ganze Straßenzüge unter den sehenden Augen der Polizei in ein Trümmerfeld

verwandelt wurden, bildeten sich immer wieder kleine Spontandemonstrationen von Patrioten. So gelang es **mehreren tausend Teilnehmern** der Gedenkveranstaltung, einen Marsch von Freital nach Dresden durchzuführen. Eine Gruppe hielt auf dem Altmarkt eine kurze Mahnwache ab und legte Kränze und Blumen nieder, um der Toten zu gedenken, die im Februar 1945 auf dem Platz verbrannt worden waren. **Auch in Dresden-Plauen** veranstalteten etwa zweitausend Teilnehmer eine Spontandemonstration. Dabei trat immer wieder eine außerordentliche Aggressivität zutage, die Teile der Polizei auf Befehl von oben den friedlichen (!) Trauermarsch-Teilnehmern entgegenbrachten, obwohl dies allein den links-extremistischen Blockierern und Störern gegenüber gerechtfertigt gewesen wäre.

Der offene Rechtsbruch von Dresden im Februar 2011, dessen sich Stadt und auch Polizeiführung schuldig gemacht haben, wird definitiv ein juristisches Nachspiel haben. Das System – also die ganze Riege von linksradikalen Stadtoberen über Gewerkschafterbonzen, die sich mit dem Pöbel fraternisieren, bis hinunter zur gewaltbereiten Antifa – hat sich selbst entlarvt und unmißverständlich kundgetan, daß es auf den Rechtsstaat und seine für uns alle gültigen Gesetze pfeift.

An diesem Tage hatte ein jeder persönlich den Generalsstab im Tornister und entschied über Wohl und Wehe der Veranstaltung.

Wir bedanken uns bei den zirka achttausend Trauermarsch-Teilnehmern für ihren Einsatz und die abermals tadellose Disziplin: Sie allein macht uns moralisch zu Siegern!

Noch sitzt Ihr da oben,
Ihr feigen Gefalteten.
Vom Feinde bezahlt,
Doch dem Volke zum Spott!
Doch einst wird wieder
Gerechtigkeit walten.
Dann richtet das Volk,
Dann gnade Euch Gott!

Theodor Körner





Dresden Altmarkt 1945
Leichenverbrennung



Trotz alledem: Würdevolle Kranzniederlegung am Altmarkt durchgeführt

Trotz der brennenden Barrikaden gewalttätiger Linksterroristen, trotz der Polizeisperren und trotz eines Verbotes durch die Stadt Dresden – *trotz alledem!* – legten Mitstreiter der **Aktion gegen das Vergessen** auch im Februar 2011 in Dresden Kränze nieder, um der dort zu Tausenden verbrannten Bombenopfer würdevoll zu gedenken.

Unheimlich ist die Kraft der Toten.

*Man kann sie verdammen,
man kann sich vermaßen,
Die eigenen Toten sogar zu vergeßen.*

*Doch einmal in der Zeiten Lauf,
Stehen die Toten in Eueren Kindern auf!*

Dieser mahnende Spruch aus dem Jahre 1946 scheint in Dresden Wirklichkeit zu werden. Jahr für Jahr kommen trotz staatlicher Repressalien immer mehr und immer jüngere Menschen nach Dresden, um der Opfer des alliierten Bombenterrors stellvertretend für alle deutschen Städte zu gedenken. **Dieser Auftrag eint uns über alle sozialen, kulturellen oder politischen Unterschiede hinweg.** In den letzten Jahren konnten immer mehr Heimatvertriebe-

ne davon überzeugt werden, Dresden als **die** zentrale Gedenkfeier anzunehmen; denn wo sonst würde der Zerstörung Breslaus und Königsbergs und der Opfer der grausamen Austreibung lebendig und ehrlich gedacht? Etwa im Bundestag? Gewiß nicht! Wohl aber in der Kulturstadt an der Elbe.

Vor 90 Jahren schlossen sich Menschen zusammen, um in den anarchistischen Nachkriegsjahren den Linken Einhalt zu gebieten und ihnen ihre Grenzen aufzuzeigen. Einige dieser Freikorpsmänner, die auch 1921 in Oberschlesien die polnischen Aggressoren in Schach hielten, schrieben sich das Wörtchen „**Trotzdem**“ auf ihre Fahne. Wir sehen uns heute zusehends mehr in einer ähnlichen Lage: Der Staat hält sich nicht an die eigenen Gesetze, die Polizei muß rechtswidrige Befehle ausführen, und



Linksterroristen legen nach Lust und Laune Feuer und schlagen Mitmenschen wegen deren vermuteter Gesinnung zusammen. Aber **trotzdem**: Wir dürfen uns von diesen Verhältnissen nicht einschüchtern lassen und erinnern an die bekannte Gewissensmaxime: „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!“ **Alleine vom Schreiben und Schimpfen aus der warmen Stube heraus wird sich in diesem unserem Lande nichts ändern.**

So hoben wir die „Trotzdem“-Traditionsfahne (siehe rechts im Bild) wieder auf und handeln... **trotz alledem!** Den disziplinierten Mitstreitern **aller** teilnehmenden Organisationen bei den verschiedenen Kundgebungen ist es zu verdanken, daß den „Rechten“ **keinerlei** nennenswerte Gewaltakte zugeschrieben werden konnten! Bei **uns** blieb alles friedlich, oder haben Sie im Bericht der Polizeigewerkschaft (siehe S. 1 und 2 oben) auch nur ein einziges Wort von „rechter Gewalt“ gelesen? Bitte glauben Sie den selbsternannten Qualitätsmedien nicht, wenn die etwas anderes behaupten. Wollen Sie wissen, wie verlässlich ebendiese Medien sind? Die ersten Medienberichte sprachen von „600 Teilnehmern“ auf seiten der „Nazis“, drei Tage später sprach man von „3500 Teilnehmern“ bei den „Nazis“. Ein kleiner Widerspruch, nicht wahr? Alles, was gleichgeblieben ist, ist die Aburteilungsvokabel „Nazi“, mit der man Menschen bezeichnet, die eine Gesinnung haben, die den Medien nicht in den Kram paßt. Was jedenfalls die genannten Zahlen angeht: **Sie sind falsch!**

Jeder auch nur halbwegs kritische Zeitungsleser weiß mittlerweile, daß solche Zahlen stets allzusehr nach unten gerechnet werden, während man die Zahl der „Guten“ (das sind die, die in Dresden die Steine werfen und die Barrikaden anzünden) verdreifacht. Alleine auf den Zubringerautobahnen hat die Polizei über einhundert Reisebusse mit heimattrauen Trauergästen festgehalten – **und zwar rechtswidrig!** (siehe Fotos eins und zwei rechts oben) –, alleine auf diesem Wege wurde fast 6000 Menschen ihr ihnen zustehendes Recht auf Versammlung und freie Meinungsäußerung genommen.

Die Medien berichteten von „drei Neonazi-Aufmärschen“. Einer davon geht auf unser Konto, auf das der Aktion gegen das Vergessen. Wissen Sie, wie das Versammlungsmotto von uns „Neonazis“ (Qualitätsmedien-Jargon) lautet, das umgehend eine regelrechte Distanzierungswelle gegen uns auslöste? Wir hatten die Gedenkveranstaltung unter das Motto gestellt: **„Versammlung zum Gedenken an die in Dresden den Bombenangriffen zum Opfer gefallenen Flüchtlinge aus Ostdeutschland“.** Wegen dieses unseres Ansinnens sind wir in den Augen der Gutmenschen „Nazis“. **Wenn Sie, lieber Leser, gegen dieses Dresdener Gedenken nichts einzuwenden haben, sind Sie selber dann auch ein „Nazi“?** Vielleicht hat man Ihnen ja auch schon einmal diesen Kosenamen verliehen. Mit dem Totschlagwort „(Neo-)Nazi“ belegt, riskiert man, seine Arbeitsstelle zu verlieren, als



Autobahnsperrung



Trotzdem!



Die ewige Fackel

Die Fackel geht von Hand zu Hand,
Wenn einem sie der Tod entwand,
Nimmt sie der nächste wieder auf;
Der flammende Stafettenlauf
Geht weiter.
Die Zeit rinnt schnell, und niemand fragt,
Wie lang' die Fackel jeder trägt.
Nur daß sie rein
Und leuchtend brennt
Und daß in ihr ein Herz mitbrennt,
Ist wichtig.
So tragen denn auch ich und du
Die Fackel fernem Zielen zu.
Ein kleines Stück mag hell sie loh'n
Vor uns im Dunkeln warten schon
Die andern!

Selbständiger Aufträge einzubüßen, im nachbarlichen Umfeld gemieden und aus Vereinen und Klubs hinausgemobbt zu werden! Dies alles geschieht nicht etwa in einem fernen Land, wo man wenig Kenntnis von den Errungenschaften der westlichen Zivilisation hat – etwa im Regenwald oder in der Steppe –, sondern mitten in der ach-so-meinungsfreiheitsliebenden BRD! „Nazis blockieren!“, „Nazis verhindern!“, „Gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit!“ – das sind die Schlagworte der linken Gutmenschen, die dazu aufrufen, uns rechtswidrig zu blockieren und zu stören – **dieses** Handeln, nicht unseres!, erfüllt zweifelsfrei den Tatbestand der Volksverhetzung.

Wir stellen uns gegen jeden Versuch, unser Gedenken als „extremistisch“ abzustempeln und bitten Sie von Herzen, sich den Versuchen, uns zu kriminalisieren, Schulter an Schulter mit uns entgegenzustemmen und sich solidarisch mit uns zu zeigen! **Fallen Sie bitte nicht auf die Medienhetze herein!** Seit Jahren sind wir von der **Aktion gegen das Vergessen** bemüht, im Fall Dresden Aufklärungsarbeit zu leisten, und haben dies in den letzten Jahren auch mit über 250 000 Broschüren und Flugblättern erfolgreich getan. Mehrere seriöse Geschichtswissenschaftler, die noch diese Bezeichnung verdienen (und nicht die der Propagandamarionetten), konnten der von der Dresdner Obrigkeit eingesetzten „Historiker-

kommission“ Beweismittelfälschung und Beweisunterdrückung nachweisen. Diese Ergebnisse gilt es zu verbreiten. Hierzu kann **jeder von Ihnen** nach seinen finanziellen Möglichkeiten beitragen, die Arbeit an sich wird von uns und befreundeten Verbänden vor Ort koordiniert und geleistet. Zudem hat Dresden ein juristisches Nachspiel: Über 275 Anzeigen gegen Linke, darunter auch hohe Politiker wie Bundestags-Vize Wolfgang Thierse wurden gestellt.

Kosten für juristische Hilfe, Flugblätter und Broschüren, die Blumengebilde und Kerzen, Beschallungsanlage, Fahnen und Transparente müssen von der Gemeinschaft durch Spenden getragen werden. Ich darf mich schon jetzt für Ihre treue Unterstützung bedanken und verbleibe mit den herzlichsten Grüßen aus dem Kreise Görlitz

Ihr *Jürgen Hösl*

„Die ungeschriebenen Gesetze und Zwänge der Natur werden letztlich dasjenige Volk belohnen, das sich allen Widerwärtigkeiten zum Trotz erhebt, um gegen Ungerechtigkeiten, Lügen und Chaos anzukämpfen. Das war stets so in der Geschichte und so wird's immer sein. Weder uns noch unseren Nachkommen wird dieser Kampf ums Überleben erspart bleiben.“

Immanuel Kant (1724–1804)

Vergißmeinnicht

In unserer **Aktion gegen das Vergessen** stehen jung und alt Seite an Seite, weil beide wissen, daß sie einander brauchen und zu einander gehören, um die Zukunft zu meistern. Nur diese Gemeinschaft macht uns stark! Seit nunmehr zwölf Jahren pflegen wir Friedhöfe und Massengräber in Schlesien und dem Sudetenland, um die letzten Zeugnisse deutscher Geschichte dem Vergessen zu entreißen und um den dort Beerdigten eine würdevolle Ruhestätte zu sichern. Im Jahre 2003 stellten wir Hunderte von Holzkreuzen an den Straßen der Vertreibung auf, wurden dafür von den polnischen Behörden verhaftet und verurteilt. 2004 erinnerten wir die damaligen EU-Mitglieder *in spe* Polen und Tschechien nochmals mittels Hunderten von Plakaten und Tausenden von Flugblättern an die bis heute juristisch ungesühnten Vertreibungsverbrechen. Wieder folgten die Verhaftung und ein jahrelanger öffentlichkeitswirksamer Politprozeß, der mit Haftstrafen auf Bewährung für uns ausging. Urteilsbegründung: Bei der „Umsiedlung der Deutschen“ habe es keine Toten gegeben, die die Polen verschuldet hätten! Alles erfunden!

Seit 2007 klagen wir vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen diese dreiste Geschichtslüge; hier wird auch das Massengrab in Marienburg eingebracht, und der Fall wird somit vor höchster Richterschaft erneut aufgerollt. – Dresden zählt seit Jahren zu unseren Hauptaufgaben, nirgends kann man bürgerlichen Menschen eindeutiger als hier beweisen, wie unsere sauberen Volksvertreter Geschichtsfälschung im großen Maßstab betreiben und damit das eigene Volk an der Nase herumführen. Wir bekommen für unsere notwendige Arbeit keinerlei staatliche Unterstützung – im Gegensatz zu den Linken! – und sind auf Ihre persönliche Solidarität angewiesen, um die wir heute – da wir für das laufende Jahr 2011 bereits ein ansehnliches Arbeits- und Leistungsportfolio vorweisen können – bitten.

Herzlichen Dank.

Kontaktanschrift / V. i. S. d. P.:

**Aktion gegen das Vergessen
Jürgen Hösl
Postfach 12 18
D-02752 Zittau**

Unterstützung bitte an:

**Vergißmeinnicht
Konto: 3000129803
BLZ: 850 501 00
Sparkasse Oberlausitz /
Niederschlesien
IBAN: DE64 8505 0100
3000 1298 03
BIC: WELADED1GRL (Zittau)
Oder per V-Scheck/bar
gut umhüllt (!) per Post.**

Überweisungsauftrag / Zahlschein

(Name und Sitz des baufragten Kreditinstituts)

(Bankleitzahl)

Benutzen Sie bitte diesen Vordruck für die Überweisung des Betrages von Ihrem Konto oder zur Bareinzahlung. Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, bestempeln oder beschmutzen.

Empfänger: Name, Vorname / Firma (max. 27 Stellen)

Vergißmeinnicht-Jürgen Hösl

Konto-Nr. des Empfängers

3 0 0 0 1 2 9 8 0 3

Bankleitzahl

8 5 0 5 0 1 0 0

bei (Kreditinstitut)

Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien

EURO

Betrag

Kunden-Referenznummer - noch Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Auftraggebers - (nur für Empfänger)

Broschüre Vergißmeinnicht Dresden/Kostenbeitrag

noch Verwendungszweck: (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen)

PLZ:

Straße:

Kontoinhaber/Einzahler: Name (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

Konto-Nr. des Kontoinhabers

Datum

Unterschrift

Vergißmeinnicht | März 2011 | Sonderbericht Dresden